№ 147
B 73
Abend-Ausgabe
Berlin
Mittwoch, 26. März 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden
Gegründet 1704
Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (u. Anzeigenleitung): Carl Misch, Berlin-Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 5600—5663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Ausrufung der Republik Hellas

Jubel in Athen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Athen,** 25. März.

Seit den frühen Morgenstunden herrscht in der Stadt lebhaftes Treiben. Die Volksmenge durchzieht die Straßen, in denen überall Banderolen und Schilder mit Aufschriften „Es lebe die Republik" oder „Es lebe die Volksversöhnung" zu haben sind. Als die Minister, die Abgeordneten und Militärs in der Kathedrale zum Tedeum für die Unabhängigkeit des neuen Griechenlands versammelt waren, war das Kirchenschiff viel zu klein, um die andrängenden Massen aufzunehmen. Begeisterte Rufe für die Republik ertönten. Gegen Mittag begann die Sitzung der Nationalversammlung. Als Ministerpräsident Papanastasiu mit den Mitgliedern des Kabinetts, von denen mehrere unter dem konstantinischen Regime als Revolutionäre in den Gefängnissen saßen, den Sitzungssaal betraten, bereiteten ihnen die Abgeordneten und die Zuschauermenge auf den Tribünen anhaltende Ovationen.

Der Präsident des Parlaments verlas die Resolution, in der die Absetzung der Dynastie und die Ausweisung ihrer sämtlichen Mitglieder aus Griechenland und ihre Streichung aus der griechischen Staatsangehörigkeit sowie die Einziehung allen Besitzes der Dynastie, soweit er aus Stiftungen des griechischen Staates, der Gemeinden oder Klöster herrührt, verkündet und zugleich verfügt wird, daß keinerlei Entschädigungen an den König und seine Familie gezahlt werden dürfen. Alle Abgeordneten hörten lesend mit unbeschreiblicher Begeisterung die Verlesung des Dokumentes an. Der Präsident erklärte hierauf, ihre stürmische Zustimmung beweise, daß diese Resolution Annahme finden werde. Gleichzeitig flatterten zehn weiße Tauben im Saale auf, und Vorbeerkränze und Veilchensträuße wurden von den Tribünen herabgeworfen und fielen zu Füßen Papanastasius und der Minister. Es ertönten Rufe von Abgeordneten: „Ich stimme tausendmal gegen die Dynastie", worauf ein anderer rief: „Ich eine Million mal." Nicht ein einziger der 283 anwesenden Abgeordneten gab seine Stimme für die Dynastie.

Darauf ergriff Papanastasiu das Wort und feierte in enthusiastischer Weise die Republik. Zugleich kündete er an, daß die Republik noch heute eine allgemeine Amnestie erlassen werde, auch für alle früheren royalistischen Gegner. Das Plebiszit für die Republik wird auf den 13. April festgesetzt. In diesem Augenblick hörte man den Donner der Kanonen, die einen Salut von 21 Schüssen abfeuerten. Alle anwesenden Offiziere und Soldaten rissen die Kokarde von ihren Mützen und steckten republikanische Kokarden auf. Dasselbe geschah zur gleichen Stunde in den Garnisonen.

Als sich die Nachricht vom Votum des Parlaments verbreitete, begannen in der Stadt Umzüge der großen Volksmassen, die ihren lauten Jubel über die Proklamation der Republik zum Ausdruck brachten, überzeugt, daß das Plebiszit nur die Bestätigung auf diese Proklamation bringen werde.

Kühle Haltung Englands.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London,** 26. März.

Die „Times" stellt fest, daß die Ausrufung der Republik in Griechenland außerordentlich geschickt vorbereitet worden sei und ohne einen eigentlichen Staatsstreich vor sich gegangen sei. Die noch in Aussicht genommene Volksabstimmung betrachtet das Blatt aber nur als Formalität, da von einer wirklich freien und unbeeinflußten Volksabstimmung unter der Herrschaft der gegenwärtigen Militär-Oligarchie nicht die Rede sein könne. Der einzig günstige Faktor in der Lage Griechenlands sei das Bestreben der gegenwärtigen Regierung, durch allgemeine Amnestie die Zwistigkeiten der Vergangenheit zu beheben.

Macdonalds Unterhaussieg.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London,** 26. März.

Die gestrige Aussprache im Unterhause über den Hafenbau von Singapore endete nach einer ziemlich ruhigen und belanglosen Debatte mit dem Sieg der Regierung, indem der Antrag der Konservativen, den Konservativen, den Marine-Etat um 100 Pfund herabzusetzen, mit 287 Stimmen der Liberalen und der Arbeiterpartei gegen 211 Stimmen der Konservativen abgelehnt wurde.

Wie ich bereits vor einiger Zeit andeuten konnte, suchten die konservativen Redner ausschließlich die Kolonien, die mit der Einstellung des Baues nicht einverstanden sind, zu beunruhigen und der Regierung zuzureden, im Interesse des engen Zusammenarbeitens aller Kolonien mit dem Mutterlande bei der Landesverteidigung mit dem Bau des Hafens fortzufahren. Während Sir Robert Horne behauptete, daß der Beschluß der Regierung gleichbedeutend sei mit einem Eingeständnis gegenüber den Kolonien: „Wir in England sind nicht mehr imstande, uns ausreichend zu verteidigen," versuchte Amery eine Vermittlungsformel vorzuschlagen, indem er die Regierung ersuchte, zu erwägen, die Frage der Fortsetzung des Baues des Kriegshafens auf einer Konferenz mit Vertretern der Kolonien zu besprechen und von dieser Konferenz die Entscheidung abhängig zu machen.

Viele liberale Redner, vor allem Kenworthy und Sir John Eimon, wiesen darauf hin, daß die bis jetzt in Aussicht genommenen 11 Millionen Pfund keineswegs die Gesamtkosten des Kriegshafens darstellen würden, und daß diese Summe nur dazu bestimmt sei, die Baukosten der großen Docks zu bestreiten. Es sei mindestens noch einmal dieselbe Summe erforderlich, um Singapore durch ausgedehnte Land- und Seebefestigungen vor einem Handstreich zu sichern. Angesichts der Tatsache, daß in Japan der Einfluß der sogenannten alten Staatsmänner im Rückgang begriffen sei und die aufstrebenden demokratischen Kräfte friedlich gesinnt seien, sei es jetzt besonders ungeeignet, erhebliche Rüstungsbestrebungen mit der Front nach dem Osten zu machen.

Kolonialminister Thomas, der die Regierung in der Singapore-Frage vertrat, erklärte, daß es ein schwerer Irrtum sei, anzunehmen, daß die Regierungen von Neuseeland und Australien die gesamte öffentliche Meinung ihrer Länder bei der Forderung, den Bau fortzusetzen, hinter sich hätten. Die Führer der Arbeiterpartei dieser beiden Kolonien hätten die englische Regierung dringend gebeten, den Bau einzustellen.

Die Stellungnahme der Opposition in Australien verdient in diesem Zusammenhang besondere Beachtung, denn die Wahlen für die Vertretung von Westaustralien, die gerade in diesen Tagen zu Ende gegangen sind, haben eine knappe Mehrheit für die bisherige Opposition, nämlich für die Arbeiterpartei, ergeben, so daß bereits in diesem australischen Staat die reaktionäre Regierung durch eine Arbeiterregierung abgelöst werden wird. Die Regierung des australischen Bundes hat gestern durch den Premierminister dem Parlament erklären lassen, daß sie angesichts der Einstellung des Hafenbaus in Singapore sofort zwei kleine Kreuzer in Bau geben werde, um die australische Marine zu verstärken.

Versäumte Gelegenheiten.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris,** 26. März.

Die Pariser Blätter fahren fort, sich mit der Unterredung zwischen dem französischen Botschafter in London und dem englischen Premierminister zu beschäftigen. Pertinax, der sich seit einiger Zeit oft von englischer Seite informieren läßt, gibt heute im „Echo de Paris" deutlich zu verstehen, daß die Unterhaltung vom Montag keine positiven Ergebnisse gezeitigt habe. Er bemüht sich, das französische Publikum davon zu überzeugen, daß der gegenwärtige Augenblick für eine französisch-englische Verständigung nicht günstig sei, und empfiehlt, einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Nach Pertinax hat Frankreich seit dem Kriege zwei glänzende Gelegenheiten zur Erneuerung der entente cordiale versäumt: die erste im Herbst 1918 vor der Reise Wilsons nach London, als Frankreich sich durch keine Hoffnung auf Amerika abhalten ließ, sich rechtzeitig mit England über eine Gesamthaltung auf der Friedenskonferenz zu verständigen, und die zweite im Herbst 1923, als England größten Wert auf ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich im Orient legte. Der Mitarbeiter des „Echo de Paris" meint, man müsse hoffen, daß sich Frankreich eines Tages eine neue Gelegenheit zu einer umfassenden Verständigung mit England bieten und daß diese Gelegenheit dann auch benützt werde.

Drei Jahre Zuchthaus gegen Zeigner beantragt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

z **Leipzig,** 26. März.

Der Oberstaatsanwalt beantragt gegen Dr. Zeigner eine Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus, gegen den Mitangeklagten Möbius eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Beßarabien.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Moskau,** 26. März.

Sicher eine der merkwürdigsten Folgeerscheinungen der sonderbaren Ergebnisse des Weltkrieges ist es, daß Rußland, das die schwersten Opfer brachte, um den Sieg der Verbündeten zu ermöglichen, seit der Revolution, und namentlich seit der bolschewistischen Oktoberrevolution, von der siegreichen Entente als besiegter Feind traktiert wurde. Russische Interessen werden mißachtet, russische Einwände werden einfach ignoriert. Eine historische Ironie sondergleichen!

Besonders eklatant ist diese Undankbarkeit der Verbündeten in der Bestimmung des Friedensvertrages zutage getreten, die Russisch-Beßarabien an Rumänien gab. Bekanntlich ist Rumänien, wie dies der frühere französische Botschafter in Petersburg, Paléologue, in seinen „Erinnerungen" wieder bestätigt, erst an die Seite der Alliierten getreten, nachdem Rußland dem Verlangen Paléologues nachgekommen war, und 200 000 Mann nach der Dobrudscha sandte. Trotz dieser Unterstützung erlag Rumänien nach kurzem Feldzug vollständig den deutschen und österreichisch-ischen Waffen und schaltete als Kriegsfaktor der Alliierten aus.

Die Verteilung der Kriegsbeute erfolgte dann im umgekehrten Verhältnis zu den Verdiensten: die am meisten leisteten und litten, zogen mit nichts davon, wurden sogar ihres eigenen Besitzes beraubt; die anderen wurden dagegen für etwaige künftige Liebesdienste im voraus freigebig belohnt. Auf diese Weise erfolgte die Usurpierung Beßarabiens mit Zustimmung des Botschafterrates durch Rumänien. Ein historisches oder ethnographisches Anrecht auf Beßarabien haben die Rumänen keineswegs. Geographisch bildet Beßarabien einen Korridor zwischen den Steppen der Ukraine und den Niederungen der Balkanischen Halbinsel. Durch diesen Korredor zogen vor Jahrthunderten die Völker auf ihrem Zuge nach Westen. Einige verweilten hier länger, und die Slawen haben sich schließlich hier dauernd niedergelassen. In dem vom englischen Außenministerium herausgegebenen Buch über Beßarabien heißt es: „Die Slawen drangen seit dem 11. Jahrhundert in Beßarabien ein und hinterließen unverwischbare Spuren auf den Rassencharakter, sowie auf die Sprache der Bevölkerung." Aehnlich lautet darüber im deutschen Lexikon für Völkerrecht und Diplomatie, in dem es heißt, daß Beßarabien geographisch und ethnographisch einen Teil der südrussischen Steppen bilde und als Teil der Ukraine zu betrachten sei. Im Laufe der letzten 224 Jahre (seit dem Konstantinopeler Frieden vom 13. Juni 1700) gehörte Beßarabien 180 Jahre lang zu Rußland, 38 Jahre zur Türkei, und bloß drei südliche Bezirke Beßarabiens gehörten auf Grund des Pariser Vertrages von 1856 (nach dem Krimkrieg) bis 1878, also nur 22 Jahre lang zu Rumänien. Die Bevölkerung Beßarabiens zählt rund drei Millionen, 40 Prozent davon sind Moldauer, keine Rumänen, und sprechen Moldanisch, nicht Rumänisch. Die übrigen 60 Prozent sind Russen, Bulgaren, Deutsche, Juden u. a., aber keine Rumänen. Die Moldauer, meistens Bauern, waren nie zum Separatismus geneigt und hatten keinesfalls Rumänien als ihre Beschützerin betrachtet. — Wirtschaftlich gehörte Beßarabien zu den gesegnetsten Gegenden Rußlands und beteiligte sich auch sehr rege an dem russischen Getreideexport, wozu die sehr günstigen Kommunikationen zu Wasser viel beigetragen haben.

Natürlich war es zu sehr verlockend, die inneren Schwierigkeiten und die auswärtige Boykottierung Rußlands auszunützen, um diesen Leckerbissen an sich zu reißen.

Anfangs Februar 1918 wurde Beßarabien von rumänischen Truppen okkupiert. Am 5. März des nämlichen Jahres hat der rumänische Premier- und Außenminister Avenesch mit dem russischen Bevollmächtigten Nakowski einen Friedensvertrag unterzeichnet, wonach Rumänien sich verpflichtet hat, innerhalb zwei Monaten Beßarabien zu räumen und künftig in innere beßarabische Angelegenheiten sich nicht einzumischen. Anstatt dessen umzingelten am 27. März 1918 rumänische Truppen den Sitzungssaal des Beßarabischen Landtags und erzwangen einen Akt über die Angliederung Beßarabiens an Rumänien zu unterzeichnen. Der Akt gewährte allerdings Beßarabien politische Autonomie. Am 25. November 1918 wurde der Beßsarabische Landtag eröffnet. Am nächsten Abend, dem 26. November, als auf der Tagesordnung nur ein einziger Punkt des Entwurfes zur Agrarreform stand und der Sitzung bloß 46 Deputierte — von 162 — beiwohnten, um 2½ Uhr nachts, nach Schluß der Beratung, verlas der Vorsitzende, Cholitzva, völlig unvermutet, eine Resolution über die Abschaffung der Autonomie. Trotz lauter Proteste wurde diese Resolution als „einstimmig" angenommen erklärt. Darauf wurde telephonisch der rumänische Kommissar, General Wojtoiann, herbeigerufen, der das königliche Dekret über die Annexion Beßarabiens und Auflösung des Landtages verlas. So wurde Beßsarabien rumänisch.

Dieser Gewaltstreich wurde von den Beschützern „des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Nationen" freilich gutgeheißen: am 28. Oktober 1920 hat der Rat der Ententebotschafter beschlossen, Beßarabien und dessen Bevölkerung Rumänien einzuverleiben. Vergeblich richtete Rußland dagegen seinen Protest an die Großmächte und an Rumänien selbst.